

Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Institut für deutsches und europäisches
Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht

Prof. Dr. Dres. h.c. Werner F. Ebke, LL.M.



Friedrich-Ebert-Platz 2
69117 Heidelberg
Tel. (06221) 547646 oder 547642
Mobil (0171) 3646-777
Fax (06221) 547644
werner.ebke@igw.uni-heidelberg.de
<http://www.igw.uni-heidelberg.de>

Heidelberg, im September 2016

**Im Wintersemester 2016/17
werde ich mit zusammen mit**

**RA Dr. Stephan Harbarth, LL.M.
und
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Hommelhoff**

ein

„Seminar zum GmbH-Recht“

anbieten

Das Seminar behandelt aktuelle Themen des deutschen, europäischen und internationalen GmbH-Rechts.

Zielgruppe: ab 5. Semester; Studierende des SPB 5b werden bevorzugt zugelassen

Vorkenntnisse: Vorlesungen zum deutschen und europäischen Gesellschafts- und Unternehmensrecht

Termin der Vorbesprechung und Themenvergabe: am 25. Oktober 2016 um 10.45 Uhr im Lautenschläger-Hörsaal

Termin des Seminars: Do./Fr. 16./17. Februar 2017 (Blockveranstaltung)

Ort des Seminars: Berlin

Zur Seminararbeit:

- Der Umfang des Textteils beträgt max. 25 Seiten (A4) einschließlich Deckblatt, Inhalts-, Abkürzungs- und Schrifttumsverzeichnis; Rand 1/3 rechts.

- Schriftgröße 12; Zeilenabstand 1.5
- Fussnoten: Schriftgröße 10; Zeilenabstand einfach
- Erklärung am Ende der Arbeit: „Ich bestätige mit meiner Unterschrift, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne Mithilfe Dritter verfasst habe und in der Arbeit alle verwendeten Quellen angegeben habe“ (Unterschrift).

Anmeldung: bei Frau Eva Weberling, Institut für deutsches und europäisches Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht, Eva.Weberling@igw.uni-heidelberg.de

Abgabe der Arbeit: bis spätestens Mittwoch, 1. Februar 2017, 12 Uhr im Institut für deutsches und europäisches Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht, 3. Stock, Zimmer Nr. 304 (ein gedrucktes Exemplar und ein elektronisches Exemplar in WORD-Format auf CD) sowie per E-mail an: Eva.Weberling@igw.uni-heidelberg.de

Themen:

- (1) Das festgefahrene Projekt SUP – wie kann es im europäischen Gesetzgebungsverfahren doch noch verwirklicht werden?
- (2) Die zweite Kapitalgesellschaftsform als Objekt europäischer Gesetzgebung – unter besonderer Berücksichtigung der Gründe für die diesbezügliche Zurückhaltung der europäischen Gesetzgebungsorgane
- (3) Der Bundestags-Kompromiss zur SPE-Mitbestimmung und seine Brauchbarkeit im europäischen Gesetzgebungsprozess im Hinblick auf gesellschaftsrechtliche Projekte
- (4) Rechtspolitische Modelle zur beschleunigten Eintragung von GmbHs
- (5) Rechtspolitische Alternativen zur notariellen Beurkundungsbedürftigkeit der Anteilsabtretung
- (6) Sonderprüfung in der GmbH & Co. KG
- (7) Sanierungspflicht aus Treuebindung
- (8) Statutarische Öffnungsklauseln
- (9) Auswirkungen von Schiedsklauseln auf GmbH-Geschäftsführer
- (10) Die GmbH: Ein "Exportschlager" der deutschen Rechtsordnung
- (11) Die GmbH im Wettbewerb der EU-Rechtsordnungen: Zuzugsfälle versus Wegzugsfälle
- (12) Die Unternehmersgesellschaft (haftungsbeschränkt): Eine Alternative zur deutschen GmbH und vergleichbaren Gesellschaftsformen anderer EU_Mitgliedstaaten?